



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

August 2015



Solidaritätskundgebung für Griechenland am 15.7. Jungfernstieg (Foto: Alexander Benthin)

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe:
Dienstag, 01.09.2015

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bericht BMV Juli	S. 2
Griechenlandsolidarität	S. 4
Oxi/Alternativlos?	S. 5
NOlympia	S. 6
Kleiner Grasbrook	S. 7
Integrationspolitik gescheitert	S. 10
Bericht Fraktionsklausur	S. 12
Rotes Sommerkino	S. 13
Was war ...	S. 14
Termine/Kontakt	S. 15

Die Erpressung geht von hier aus und geht alle an

Ein Bericht von der lebhaften Mitgliederversammlung am 22. Juli zur Entwicklungskrise in Europa, Griechenland und unserer Partei

Liebe Genossinnen und Genossen, die Entwicklung in Griechenland und der Weg der Syriza-Regierung bewegen uns, insbesondere seit dem klaren "OXI" der Bevölkerung am 05.07. zu den Austeritätsauflagen der "Troika" und der mehrheitlichen Zustimmung der Regierung zu diesen Auflagen in den folgenden Wochen. Daher haben wir jüngst im Rahmen einer aktuellen Stunde kontrovers diskutiert, ob Syriza Verrat vorzuwerfen ist oder das Links-Bündnis bei den aktuellen Kräfteverhältnissen einen notwendig üblen Weg geht und dabei vieles richtig macht. Den Eröffnungsbeitrag dazu hielt Franziska Hildebrandt, schöpfend aus ihrer Beteiligung an der Solidaritäts-Arbeit mit der kämpfenden griechischen Bevölkerung, den ihr hier auch noch einmal auf Seite 4f. findet.

Die Position, dass Syriza nun keine Solidarität mehr gebühre, sondern frontal anzugreifen sei, wurde minderheitlich vertreten. Ihr wurde unter anderem entgegnet, dass deutlich wird: Wer regiert hat noch lange nicht die Macht und man sollte in Bedenken kommen, wenn man mit den gleichen Worten wie die bürgerlichen Medien eine linke Regierung aufs Korn nimmt - im Unterschied zu solidarischer Kritik von Angesicht zu Angesicht. Als eigentliche Frage wurde schnell erkennbar: **Haben wir den Mut, nicht die Erpressen sondern die Erpresser im eigenen Land anzugreifen** und den Willen, mit entsprechender Aufklärung einen Griechenland in nichts nachstehenden Aufbruch zu erreichen? - z.B. mit der Verbreitung der Tatsachen, dass deutsche Unternehmen mit Lohndrückerei und dem Fokus auf Export wesentliche Verursacher der Krise sind und der Bundeshaushalt um hunderte Millionen Euro an der griechischen Krise bereichert wurde, da für die Griechenlandhilfen lediglich günstige Kredite aufgenommen wurden, für die aufgeschlagene Strafzinsen real von Griechenland an den deutschen Staat gezahlt werden mussten. Darüber hinaus gehört es zu den Tatsachen, dass mit Syriza und vielen Stimmen aus aller Welt eine keynesianische Alternative immer weiter verbreitet Gehör findet und befürwortet wird. Das heißt auch: **Wir können viel breiter und offensiver überzeugen**, dass es sich zur Verwirklichung der Vernunft zu **assoziiieren und zu kämpfen** gilt! Und auch das griechische "OXI" musste erkämpft werden, gegen Stimmungsmache des Dreiecks aus (etablierter) Politik, Kapital und Medien - letztere haben zu 80% für ein Ja zu den Forderungen der "Geldgeber" gehetzt und

werden nun mit Sendeauflagen und Lizenzen an die Kandare genommen. Damit haben wir es auch hier zu tun, nehmen wir den Kampf auf!

Um uns dafür ein klareres Bild vom Kampf der griechischen Regierung sowie dem Emanzipationsprozess der Bevölkerung zu machen und die Solidarität auf eine neue Stufe zu heben -indem wir z.B. gemeinsam beraten, wie wir die offensive Forderung nach Reparationen sowie der Rückzahlung der Zwangskredite aus dem 2. Weltkrieg gemeinsam erweitert stellen können-, versuchen wir nun, einen direkten Kontakt zu Syriza aufzubauen und sie zu einer nächsten Versammlung einzuladen.

Bereits während der aktuellen Stunde wurde auch **Kritik an der hiesigen Landesseitung und der Bürgerschaftsfraktion** geübt, da sie den oben aufgerufenen Ansprüchen einer solidarisch-aktivierenden Partei nicht Rechnung tragen. So wurde problematisiert, dass der geschäftsführende Landesvorstand durch gleichzeitige Urlaubsabwesenheit der Mehrheit seiner Mitglieder nicht beschlussfähig zurückgelassen wurde und exemplarisch das Vorhaben der Fraktion gerügt, in ihrer neuen Geschäftsstelle einen "Socializing-Room" (Politik soll hier nicht Thema sein dürfen) anstelle eines weiteren Tagungsraums einzurichten. Einige TeilnehmerInnen der BMV wendeten dagegen ein, dass die Ansprüche auf Pause und Erholung elementare ArbeitnehmerInnenrechte sind und gerade auch in unserer Partei gelten müssen. Dass jedoch durchaus zwischen sozialistischer Politik und entfremdeter Lohnarbeit sowie kollektiver Handlungsfähigkeit und der Untermünzung dessen zu unterscheiden ist, lässt sich nicht von der Hand weisen. Es ist also weiterhin eine **Aufgabe der Basis**, ein **aktives Parteileben** und von dort aus die Integration der Fraktionen als Teil dieser Partei gegen gewisse Eitelkeiten und Relativierungen aufzubauen.

Mit dieser Konsequenz wurde auch der **Landesparteitag ausgewertet**. Auf der einen Seite gab es weitgehend gute Beschlüsse wie den NOlympia-Beschluss (ein Kompromiss mit antikapitalistischer **Aufklärung** und internationaler Solidarität einerseits und dem Versuch, weniger fortschrittliche "Stimmungen" in der Bevölkerung zu bedienen und **"Sportbegeisterung"** nicht zu sehr zu erschüttern andererseits) und die Ausrichtung eines Friedensratschlags im Herbst, den unser Bezirksverband Mitte mit eingebracht hatte. Im Widerspruch dazu steht die Fixierung auf den

Senat seitens der LandessprecherInnen und der Fraktion, die Weigerung zu konstruktiver Einigung für Beschlüsse zu wichtigen Themen (medizinische Versorgung von Flüchtlingen und Solidarität mit dem Charité-Streik) sowie Kritik aus der Fraktion an der Tatsache, dass auch Dora in einem gesetzten Redebeitrag von ihrer Arbeit berichten durfte und es sich dabei nicht nehmen ließ, Kritik am Verlauf der Diätenerhöhung zu äußern. Vor diesem Hintergrund pointierte ein Delegierter, dass das **Unterlaufen beschlossener Programmatik** bei ihrer Umsetzung derzeit so stark wie noch nie sei. Umso mehr gilt es, den ambitionsreichen Aufbau der Partei von unten zu betreiben. In diesem Sinne wurde der Antrag "Gemeinsam aktiv gegen Olympia" beschlossen, für ein schwerpunktmäßiges Arbeiten mit dem NOlympia-Beschluss des Parteitags auch in der Öffentlichkeit und der Aufforderung an den geschäftsführenden Landesvorstand zur **demokratischen Öffnung der Kampagnenplanung**, den ihr hierunter dokumentiert findet. Inzwischen ist eine Erstveröffentlichung aus den Bezirken angefallen, eine erweiterte Auflage aus der Landes-

partei kann und sollte von der **Landesvorstandssitzung am Samstag den 29.08.** ausgehen, an der ihr hiermit aufgerufen seid, teilzunehmen!

Außerdem möchte ich dazu aufrufen, euch an der **Demonstration zum diesjährigen Antikriegstag** zu beteiligen, die am 1. September um 17 Uhr vom Kriegsklotz aus stattfindet (S-Bahn-Dammtor /U-Bahn-Stephansplatz). Im 70. Jahr nach dem Niederringen des Hitler-Faschismus in einer bewegten Zeit mit immer mehr Bürgerkriegen und davor in die Flucht getriebenen Menschen, dagegen wachsender Friedensbefürwortung und -bewegung und diplomatischen Erfolgen wie dem Abkommen mit dem Iran sollten wir alles daran setzen, alle unsere Mitmenschen mit Herz und Verstand an dieser entscheidenden Zivilisationsfrage zu gemeinsamer Aktivität zusammenzubringen. Nie wieder!

Und immer wieder: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!

Mit sozialistischen Grüßen, Alexander Benthin

Die LINKE Hamburg: Gemeinsam aktiv gegen Olympia!

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung der LINKEN HH-Mitte vom 22.7.2015

1. Der Bezirksverband HH-Mitte befürwortet die Publikation des Beschlusses von Landesparteitag und Bundesvorstand „Für ein soziales und weltoffenes Hamburg – entschieden gegen ein Olympia des Profits!“ als Informations-Flyer und als zentrales Öffentlichkeitsmaterial des Bezirks- und Landesverbands gegen Olympia.

2. Der Bezirksverband HH-Mitte fordert den geschäftsführenden Landesvorstand auf, die wöchentlichen NOlympia-Planungstreffen zwischen Fraktion und Landesvorstand

- parteiöffentlich durchzuführen (mit Einladung über die Aktiven-Mailingliste) und
- Ergebnisprotokolle der Sitzungen anzufertigen und damit über die Ergebnisse zu berichten.

Begründung

zu 1.:

Der nach dem Landesparteitag veröffentlichte Faltflyer „Schneller, Höher, Teurer – 5 Gründe gegen Olympia“ (www.die-linke-hamburg.de/politik/nolympia.html) ist ungenügend. Inhaltlich widerspricht er den Beschlüssen der Partei (wir lehnen Olympia nicht deshalb ab, weil es „zu teuer“, „zu korrupt“, „zu kommerziell“, „zu zerstörerisch“ und „zu unsozial“ ist!), und auch gestalterisch ist er misslungen, da nicht auf den ersten Blick klar ist, dass es sich um ein NOlympia-Flugblatt handelt.

Der Beschluss des Landesparteitags

(www.die-linke-hamburg.de/politik/positionen/detail/artikel/fuer-ein-soziales-und-weltoffenes-hamburg-entschieden-gegen-ein-olympia-des-profits.html), dem sich zwischenzeitlich auch der Bundesparteivorstand angeschlossen hat, ist über mehrere Wochen intensiv erarbeitet worden – das ist ein „Wert an sich“. Er sollte daher öffentlich die Positionierung der Partei klar bestimmen, um eine Mehrheit der Menschen in Hamburg von etwas Besserem als Olympia zu überzeugen.

Zu 2.:

Im Landesvorstand wurde wie nebenbei berichtet, dass es seit einiger Zeit wöchentliche Treffen zur Vorbereitung, Planung und Gestaltung zu den NOlympia-Aktivitäten der LINKEN in Hamburg gibt. Bisher wurden weder der Landesvorstand noch die Mitgliedschaft über die Ergebnisse dieser Arbeitstreffen informiert, es gab bis zuletzt auch keine Einladungen dazu. Es wurde ferner „mitgeteilt“, dass in diesem Kreis z.B. an NOlympia-Plakaten der Partei gearbeitet werde.

Die Beteiligung an der inhaltlichen Ausrichtung und Gestaltung der NOlympia-Aktivitäten muss allen Parteimitgliedern ermöglicht werden!

Siehe auch die Beiträge zum Thema von Harald Singler weiter hinten auf Seite 6f.!

Griechenland-Solidarität

Inhaltlicher Aufschlag zur aktuellen Stunde der BMV Mitte am 22.07.2015

von Franziska Hildebrandt

Der Tag der „Vereinbarung“ in der Euro-Gruppe am Montag, den 13. Juli 2015, war ein historischer Moment für eine neue Etappe in der Auseinandersetzung um die Lösung oder Vertiefung der aktuellen Krise.

Im Folgenden werde ich thesenartig einige Einschätzungen zu der Auseinandersetzung darlegen. Ich schöpfe dafür meine Kenntnisse aus den letzten Tagen der Solidaritätsarbeit für die kämpfende griechische Bevölkerung und intensiven Diskussionen mit GenossInnen.



Foto: Frank Schwarz/Website DIE LINKE HH

1.) Die Unterschrift von Tsipras ist kein Verrat, keine Niederlage, sondern die „weniger katastrophale“ Wahl innerhalb enorm ungünstiger Kräfteverhältnisse.

In der Sitzung des griechischen Parlaments nach der sog. „Vereinbarung“ in der Euro-Gruppe hat Tsipras noch einmal dargelegt, dass die griechische Regierung in den „Verhandlungen“ von den anderen Regierungen der Euro-Länder erpresst worden ist und er keine andere Wahl gehabt hat, als zu unterschreiben. Es ist vielmehr also eine Atempause für die griechische Regierung und Bevölkerung, um Luft zu holen für den erweiterten Kampf um die humane Lösung der humanitären Krise und für intensiven Klassenkampf. Denn es ist nichts anderes als offener Klassenkampf, was sich in den letzten Tagen nochmal deutlich gezeigt hat. Dieser Auseinandersetzung lässt sich nicht aus dem Weg gehen und wir können den aktuellen Kräfteverhältnissen auch nicht dadurch „entkommen“, indem wir z.B. einen „Grexit“ anpeilen, sondern wir müssen den politischen Kampf engagiert aufnehmen. Denn wenn es eine Alternative für Tsipras gegeben hat, dann ist es diejenige, dass die „Institutionen“ und die Regierungen der anderen Euro-Länder aufgrund des Drucks aus der Bevölkerung für wirkliche Reformen in Griechenland, wie die Reichen-Steuer-Einführung, nachgeben. Dafür sind wir gefragt.

Von Enttäuschung kann also nur gesprochen werden, wenn man über die fehlende Menschlichkeit von Schäuble & Co enttäuscht ist. Dann ist aber die Enttäuschung im Wortsinne positiv, dass die Täuschung der geheichelten Menschlichkeit nicht mehr aufgeht. Da finden wir auch den Verrat: bei den Sozialdemokraten der Bundesrepublik und nicht bei Tsipras.

2.) Das Ziel in den „Verhandlungen“ der Euro-Gruppe-Länder, die griechische SYRIZA-Regierung zu Fall zu bringen, ist nicht erreicht worden.

Es geht in den Verhandlungen schon lange nicht mehr um Details irgendwelcher sog. „Reformpläne“. Es geht um die Ansage, wer immer es wagt gegen das neoliberale Dogma „There is no Alternative“ (TINA) aufzumucken, soll keine Chance haben dürfen. Die linke SYRIZA-Regierung um Tsipras soll scheitern, um in ganz Europa der Hoffnung auf und den Kämpfen für eine sozialpolitische Wende, die den Menschen anstelle des Profits in den Mittelpunkt stellt, eine Absage zu erteilen. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden: Die SYRIZA-Regierung ist weiterhin im Amt und die Zustimmung zu dieser Partei ist in der griechischen Bevölkerung weiterhin stark: Bei einer Neuwahl würde SYRIZA in den nächsten Tagen die absolute Mehrheit im Parlament erreichen. Der Kampf gegen die Austeritätspolitik ist also in Griechenland nicht zurückgedrängt worden.

3.) Der herrschende Block in Europa spaltet sich

Der IWF hat eine „pessimistische“ Analyse der „Nachhaltigkeit“ der griechischen Verschuldung veröffentlicht, die die Diskussion für eine umfassende Neuverhandlung der Umschuldung befeuert. Die Troika versucht auf der anderen Seite vehement an den Schulden Griechenlands festzuhalten.

Aus den „Verhandlungen“ ist zu hören, dass sich die Regierungen von Italien, Frankreich und Zypern nicht hinter den brutalen Erpressungskurs von Schäuble gestellt haben und für eine kooperativere „Vereinbarung“ zu agieren versucht haben.

Schäuble wird in Teilen der Presseöffentlichkeit als Verlierer der „Verhandlungen“ gehandelt. Angela Merkel musste öffentlich dementieren, dass ihr ein Rücktrittsgesuch von Schäuble vorläge.

4.) Die Maske der EU ist gefallen, zurück bleibt ein klarer Blick auf eine neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Struktur.

Die sog. „Verhandlungen“ und die sog. „Vereinbarung“ der Regierungen der Euro-Gruppen-Länder haben deutlich gemacht, dass es in der EU darum geht, neoliberale Politik ohne Rücksicht auf Verluste durchzudrücken. Das Fallen der Maske eröffnet uns eine fruchtbare Grundlage für progressive Diskussionen mit Freunden, Kollegen und Nachbarn.

5.) Die Niederlage der europäischen und der deutschen Linken ist eine Eröffnungsschlacht für das endgültige Ende der Austeritätspolitik.

Es gibt immer eine Diskrepanz zwischen der Ankündigung von Maßnahmen und der realen Umsetzung. In kurzer Zeit seit dem 13. Juli sind aufgrund des Drucks aus der griechischen Bevölkerung die angekündigten Maßnahmen in der Rentenkürzung und dem Steuererlass für Landwirte verschoben worden. Wie groß diese Diskrepanz ist, entscheiden wir mit.

Auch dafür war das Referendum in Griechenland nötig und richtig: Die Ablehnung der Austeritätspolitik in der Bevölkerung ist durchgearbeitet und

Oxi

„Wenn Wahlen etwas ändern könnten, oder würden, wären sie längst verboten“ (Zitat, mir unbekannter Verfasser).

Wir leben seit rund 6.000 Jahren in einem System der Sklaverei. Dieses System wird ständig modernisiert und mit neuen Namen versehen.

Alle Versuche sich daraus zu befreien sind über kurz oder lang gescheitert. Griechenland ist das jüngste Beispiel. Die Methoden des Systems sind dabei eigentlich immer dieselben. Auslachen, einschüchtern, ausgrenzen, bestechen oder aufkaufen und auslöschen.

Das alles durch eine konzertierte Zusammenarbeit von Führung, Justiz, Polizei, Medien, Kirche und Wissenschaft.

Griechenland - alles alternativlos ?

Überall wird über das Thema Griechenland diskutiert. Unterschiedliche Meinungen kommen zu Wort, was auch gut so ist. In den klassischen Mainstream-Medien schäumt die Wut gegen jede Art der Veränderung in Europa. Deswegen bin ich froh, hier und im Internet etwas dazu zu schreiben. Mit ihrem „Oxi“ haben die Griechen ein klares Signal gesetzt: Schluss mit der endlosen ruinösen neoliberalen Sparideologie. Aber warum soll die älteste Demokratie der Geschichte für ihre Entscheidung büßen? Wer nimmt das europäische Machtkartell noch ernst, da sie doch alle überschuldet sind? Eine andere Politik ist niemals

verallgemeinert worden. Diese linke Hegemonie ist nicht so einfach wegzuwischen.

Dem relativ kleinen Land der Griechen und Griechinnen ist es in den zurückliegenden Wochen durch den konsequenten Kampf gegen die Austerität und für die humane Politik gelungen, die Kräfteverhältnisse in der EU ganz schön ins Wanken zu bringen. Das ist ein Vorgeschmack darauf, was erreicht werden kann, wenn es in allen Euro-Ländern gelingt, mindestens 61% der Bevölkerung - wie in Griechenland - für ein „OXI!“ zu organisieren. Damit haben wir eine große Verantwortung und große Möglichkeiten, die sozialpolitische Wende durchzusetzen.

Zum Weiterlesen:

Alex Andreou: „Heroisierung und Verleumdung“
Etienne Bailbar, Sandro Mezzadra und Frieder Otto Wolf: „Das Dilemma von SYRIZA.“

Jens Berger: „Ich bin ein Tsipras-Versteher!“

Robert Misik „Die verunsicherte Revolution“

Interview mit Alexis Tsipras auf
www.transform-network.net



Demo 15.7., Mönckebergstraße, Foto: Kai Kessler

Lasst uns gutgelaunt und mit neuen Strategien ins siebte Jahrtausend gehen.

Kai Kessler

falsch, ob nun in Athen oder in Hamburg. Seit unserer evolutionären Entwicklung in der „Ursuppe“ sind wir Chaos gewohnt und wissen Mittel und Wege um in andere Richtungen zu gehen. Diese Evolution hat Platzhirsch Merkel (eine Beachtung des Geschlechtes ist hier nicht vorgesehen) schon längst verschlafen und nennt alles „alternativlos“. Es wird eine neoliberale Ideologie verteidigt gegen jede neue linke Bewegung. Dabei geht es nur (!) um Macht und Linke sollen als Loser dargestellt werden. Aber was nützt es, wenn man ständig so ein Theater veranstaltet und nicht nach Lösungen sucht? Im Theater will ich unterhalten werden,

aber hier in Europa wird immer das gleiche Bühnenstück aufgeführt, wie in einer Endlosschleife. Die Platte der Endlosschleife muss endlich umgedreht werden und selbst eine keynesianische Ausrichtung ist den Verblendeten ein störendes Problem. Beim Referendum mit „Nein“ zu den Forderungen der „Geldgeber“ zu stimmen, ist für Griechenland und ganz Europa eine Chance, um tatsächlich ein friedliches und solidarisches Europa zu werden.

Der Sparkurs der Eurozone destabilisiert die ganze Eurozone und selbst der IWF belegt, dass ein Schuldenschnitt eine Lösung ist, um wirtschaftlich und finanziell wieder auf die Beine zu kommen. Eine Propaganda wirkt bis heute, dass die Griechen durch Merkel und Co. gerettet wurden. Es gibt kein Rettungspaket und auch keinen gütigen

Spender mit edlen Motiven. Es wurden Banken gerettet, darunter auch viele deutsche Insolvenzinstitute des Kapitals. So geht es aber in Griechenland nicht weiter, bisher wurde nur die Wirtschaft zerstört, die Verschuldung dramatisch erhöht und die Jugendarbeitslosigkeit auf über 50 Prozent gesteigert. Wer sich etwas mit Keynesianismus auskennt, wird tief enttäuscht sein, auch von der SPD und fragt sich wie ich, warum wir dieser Spaßpartei noch so viel Raum lassen und manche gerne mit ihr kuscheln wollen:

Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten. Wer ist mit dabei? Die grüne Partei.

Heiko Laue

Die Volksinitiative STOP Olympia Hamburg

von Harald Singler



In Verbindung mit der Olympia-Bewerbung sind nunmehr drei Volksinitiativen (VI) unterwegs. Eine gegen die Verfassungsänderung, mit der große Teile der Bürgerschaft wegen der Bewerbung ein generelles Referendum eingeführt haben. Dies wird als Gefahr für die Volksbefragungsgesetzgebung kritisiert - „Rettet den Volkentscheid“. Eine weitere VI kommt mit einem Gesetzesvorschlag daher, wie auch auf anderem Weg

eine Olympia-Volksbefragung möglich wird - „Lex Olympia“. Und nun auch die dritte Volksinitiative, sie richtet sich direkt gegen die Bewerbung und fordert „Stop Olympia“.

Träger der Initiative sind NOlympia Hamburg, die NaturFreunde Hamburg sowie eine Initiative von engagierten Hamburgerinnen und Hamburgern für offenen inklusiven Sport. Alle befürchten, dass Hamburg mit der Olympia-Bewerbung in ein finanzielles, soziales, ökologisches und stadtentwicklungspolitisches Desaster läuft. Hamburg soll sozialer werden und nicht am Ende Kosten in Höhe von mehreren Elbphilharmonien tragen müssen.

Das Olympia-Referendum im November 2015 kommt viel zu früh. Es steht außer Frage und wird auch vom Senat nicht bestritten, dass bis dahin nicht alle Zahlen und Daten auf dem Tisch liegen werden. Kosten, Risiken und Finanzierung werden nicht hinreichend transparent gemacht. Die frühe Volksabstimmung gleicht einem Blankoscheck. Erfahrungen anderer Olympia-Städte mit Kostenexplosionen und negativen städtischen Auswirkungen zeigen, dass ein solcher Blankoscheck nicht ausgestellt werden darf. Boston hat daraus nun die Konsequenz gezogen und seine Bewerbung zurückgezogen. Unter diesen Umständen ist eine Olympia-Bewerbung Hamburgs abzulehnen.

STOP Olympia Hamburg verfolgt zwei Ziele – ein kurzfristiges und ein langfristiges.

Langfristig geht es darum, eine Olympia-Bewerbung Hamburgs zu verhindern. Zunächst soll auf dem Weg zum Olympia-Referendum am

29. November 2015 eine Gegenöffentlichkeit gegen die auf Emotionen und nicht auf Information setzende Kampagne der Olympia-Befürworter geschaffen werden. Vieles spricht dafür, dass die frühe Abstimmung gewollt ist, um den positiven Effekt der geschürten Emotionen mitzunehmen. Damit dies nicht geschieht, sollen die Menschen auf die Gefahren der Olympia-Bewerbung für Hamburg aufmerksam gemacht werden. Der Rückzug von Boston war hierfür sehr hilfreich. Mit möglichst vielen Unterschriften will die Initiative darauf hinwirken, dass die schwerwiegenden Risiken einer Olympia-Bewerbung berücksichtigt werden.

Kurzfristig geht es darum, dass überhaupt eine Stellungnahme gegen eine Olympia-Bewerbung ins Abstimmungsheft zum Referendum aufgenommen wird, denn bislang wird allein die Linksfraktion auf ca. einer Seite ihre Kritik an der Bewerbung darstellen. Auch angesichts der Fragestellung zum Olympia-Referendum ist eine weitere Stellungnahme wichtig.

Senat und Bürgerschaft sind angehalten, eine neutrale Frage zu formulieren. Umgesetzt wird das mit der schlichten Ja-/Nein-Frage *„Ich bin dafür, dass sich der Deutsche Olympische Sportbund mit der Freien und Hansestadt Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2024 bewirbt“*. Als neutral kann das nur schwer bezeichnet werden.

Dass Senat und Bürgerschaft es mit Fairness wenig ernst meinen, zeigen auch die Vorgaben, die für die Aufnahme ins Informationsheft zum Referendum geschaffen wurden. Dafür muss eine Initiative mit eigens für diesen Zweck erstellten Unterschriftenlisten in der Zeit **vom 27. August**

bis zum 16. September 2015 mindestens 10.000 Unterschriften sammeln. Die Initiative muss dafür bereits im August den Text für das Abstimmungsheft zum Referendum im Wortlaut vorlegen, während alle anderen Beteiligten ihre druckfertige Stellungnahme erst am 9. Oktober 2015 abgeben müssen. Erst ab Mitte September – nach Bewerbungsschluss für die Spiele am 15. September 2015 – sind weitere Informationen zur Bewerbung zu erwarten. Einzig die Initiatoren einer Initiative für eine Stellungnahme können darauf nicht mehr reagieren. Eine solche Vorgabe ist daher abzulehnen.

Mit der Volksinitiative „STOP Olympia Hamburg“ wurde bewusst ein Weg gewählt, sich diesen unfairen Vorgaben nicht zu fügen. Die Volksinitiative will eine Gegenpositionierung unter den gleichen Bedingungen wie die anderen Akteure erreichen. Ihr Mittel dafür ist ebenfalls das Werben um Unterschriften, jedoch nicht für eine Stellungnahme, sondern für ihre Positionierung gegen die Olympia-Bewerbung. Hier gilt wie bei der Olympia-Bewerbung selbst, dass eine Initiative mit vielen UnterstützerInnen den nötigen Druck für die Aufnahme einer Stellungnahme aufbaut – und am Ende zu dem Ziel führt, dass die Hamburgerinnen und Hamburger beim Olympia-Referendum am 29. November 2015 mit NEIN stimmen.

In diesem Sinne: Geht auf die Straße, redet mit den Menschen und überzeugt sie für eine Unterstützung der Volksinitiative STOP Olympia Hamburg und für ein NEIN am 29. November. Weitere Informationen zu STOP Olympia Hamburg und die Unterschriftenlisten gibt es hier:

<http://www.stopolympia.de>

Kein Platz für das IOC auf dem Kleinen Grasbrook

von Harald Singler

Im Hamburger Stadtteil Kleiner Grasbrook befindet sich in der Nähe der S-Bahn-Haltestelle Veddel das Lagerhaus G, ein 1903 erbautes Speichergebäude. 1944 waren hier zunächst von Juli bis September 1.500 weibliche und direkt anschließend bis zum 25. Oktober 2.000 männliche Häftlinge des KZ Neuengamme untergebracht. Durch einen Bombenangriff am 25. Oktober 1944 wurde das Lager erheblich zerstört. Schätzungsweise 150 der männlichen Häftlinge verloren dabei ihr Leben. Daraufhin wurde das Außenlager in die Flügel A und B des Fuhlsbüttler Zuchthauses verlegt. Im Februar 1945 belegte die SS das Speichergebäude erneut mit 800 männlichen KZ-Gefangenen aus dem Außenlager Fuhlsbüttel.

Erst 1998 wurde das Gebäude von der Kulturbehörde mit der äußerst bemerkenswerten Begründung unter Denkmalschutz gestellt, es dokumentiere die „historische Form der Lagerhaltung außerhalb der Speicherstadt mit ihrer für die damalige Zeit typischen Backstein-Architektur“. Außerdem ließen sich in dem auch im Innern weitgehend unveränderten Gebäude noch Spuren der ehemaligen KZ-Häftlinge in Form von Inschriften und Kratzern in der Wand finden. Dies mache das Gebäude zu einem „wichtigen Zeugen“ des „Dritten Reiches“ im Hafengelände. An der Außenwand wurden zwei Tafeln (eine auf Deutsch, eine auf Englisch) aus dem Programm des Denkmalschutzamtes angebracht, die auf die Geschichte

des Außenlagers Dessauer Ufer hinweisen. Öffentlich zugänglich ist das Gebäude indes nicht.



Nun plant die Stadt auf dem Kleinen Grasbrook den ganz großen Wurf. Auf der 4,5 Quadratkilometer großen Binneninsel mit ihren circa 1.250 EinwohnerInnen soll 2024 die große Olympia-Party steigen. Olympiastadion, Olympische Schwimmhalle, Olympisches Dorf: Olympischer Hochsicherheitsbereich! Architekten wissen dabei lediglich von einer „gewissen Empfindsamkeit“ in Bezug auf das historische Erbe zu berichten, auf das eingegangen werden müsse, ohne dabei klar zu sagen, was damit gemeint sei. Für die Olympia-Planungen des Senats stellt sich die Frage: Wie wird das Lagerhaus G in das Konzept mit einbezogen? Das Lagerhaus G ist in Privatbesitz und kann bislang nur auf Anfrage besichtigt werden. Überlebende fordern hier schon lange eine Gedenkstätte für die Opfer. Wie will der Senat diesen Gedenkort für BesucherInnen zugänglich machen? Möglich sei eine Würdigung in einem Pavillon im angrenzenden Lohsepark, heißt es. Behelfsgedenkstätte im Plastikzelt? Und dies alles ausgerechnet für eine Veranstaltung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC). Denn beim Thema Menschenrechte nimmt man es dort nicht so genau:

Menschen die sich dafür einsetzen, dass bei sportlichen Großereignissen Menschenrechte eingehalten werden – auch im Vorfeld –, müssen sich von Sportpolitikern als Heuchler bezeichnen lassen. So geschehen in einem Aufsatz von Prof. Helmut Digel für den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), der darin zu einem eigentümlichen Schluss kommt: „den Organisationen des Sports ist durchaus auch zukünftig zu empfehlen, sportliche Ereignisse in Ländern durchzuführen, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.“ Gerechtfertigt wird dies mit dem immer gleichen Mantra der „internationalen Begegnungsmöglichkeiten“. Wie genau es das Internationale Olympische

Komitee mit den Menschenrechten so hält, war u.a. bei den Olympischen Winterspielen in Sotschi zu bestaunen. Das IOC drohte an, SportlerInnen von den Spielen auszuschließen, die während der Winterspiele im Februar 2014 für die Rechte Homosexueller demonstrieren wollten. Hintergrund war das Anti-Homosexuellen-Gesetz in Russland. Die Arbeiter auf den Olympiabauwerken wurden oftmals ausgebeutet, waren in schlechten Unterkünften untergebracht, hatten keine Verträge und haben keinen angemessenen Lohn erhalten.

Wenn das IOC olympischen Sport betreibt, der gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenrechtsverletzung steht, dann ist Olympia als politische Veranstaltung zu verstehen. Wenn man sich das auf die Fahnen geschrieben hat, dann muss man auch im Sinne dieser Werte und grundlegenden Prinzipien aktiv agieren. Hier versagt das IOC kläglich.

Den Kleinen Grasbrook mit diesem geschichtsschweren Lagerhaus G nun ausgerechnet diesem IOC für seine Milliardenengeschäfte zu überlassen, wäre schändlich und darf nicht hingenommen werden. (Foto S. 8: Harald Singler)

Post aus Berlin: Sprechstunden der Vorsitzenden

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere Parteivorsitzenden **Katja Kipping** und **Bernd Riexinger** bieten öffentliche Telefonsprechstunden an. Bitte verbreitet die Termine und werbt bei Interessierten in- und außerhalb der Partei dafür.

Bernd 21.09.2015 – 14.00 bis 15.00 Uhr

Katja 26.10.2015 – 13.00 bis 14.00 Uhr

Bernd 09.11.2015 – 14.00 bis 15.00 Uhr

Katja 14.12.2015 – 13.00 bis 14.00 Uhr

Es wird um Voranmeldung gebeten unter 030/24009-530.
Vielen Dank!

Solidarische Grüße,
Monika von der Lippe

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Bereichsleiterin Bürgerdialog/ Medien/ Öffentlichkeitsarbeit

Il est le temps pour des gros remerciements!

(Es ist Zeit für ein dickes Dankeschön!)

Nach 10 Jahren engagierten und aktiven Arbeitens hat sich Bernhard Stietz-Leipnitz, unser Sprecher der Stadtteilgruppe St. Georg, dazu entschlossen, sein „Amt“ niederzulegen.

Wirkliche Wahlen zum Sprecher hat es nie gegeben, aber Zweifel daran, dass Bernhard diese Aufgabe innehatte, gab es nie. Weil niemand so aktiv im Stadtteil ist wie er, war immer unausgesprochen klar, dass er unser Sprecher war. Wer soll es auch sonst so engagiert machen, alle möglichen Termine koordinieren, aktiv den Wahlkampf gestalten, bei Streitigkeiten einen kühlen Kopf bewahren?! Diese Frage stellt sich jetzt für die Stadtteilgruppe in jedem Falle...

Ihr alle wisst, wieviel Arbeit an so einer Rolle hängt: Es müssen Einladungen und Tagesordnungen fürs nächste Treffen geschrieben und versendet werden, die Sitzung muss vor- und nachbereitet werden, Info-Veranstaltungen geplant- und Plakate für den Wahlkampf geklebt und aufgestellt werden. Insbesondere bei Info-Ständen unserer Partei in St. Georg war und ist Bernhard stets Organisator und eifriger „Werber“ für unsere Ziele- nicht nur zum Wahlkampf, sondern rund ums gan-

ze Jahr, auch bei Wind und Schiet-Wetter. Damit ist er für viele BewohnerInnen zum Gesicht der Linken in St. Georg geworden.

Nicht immer war es einfach, die eh recht kleine Truppe aktiver linker St. GeorgerInnen zusammen zu halten- auch bei uns gab und gibt es unterschiedliche Meinungen und Ziele, die zu Auseinandersetzungen führten. Sicherlich auch ein Grund, diesen aufreibenden Job nun abzugeben. Wir freuen uns, dass du uns weiter unterstützt und erhalten bleibst, ob als Mitglied der Stadtteilgruppe, als MitteN-mang-Layouter und –Koordinator oder als zu-gewählter Genosse der Bezirksfraktion Mitte. Ein großes Loch wirst du aber durch deinen Rücktritt als Sprecher in unser St. Georg-Trüppchen reißen, das nicht so schnell wieder zu füllen ist.

Es ist deshalb längst überfällig: Wir sagen nach 10 Jahren „MERCİ BEAUCOUP, lieber Bernhard!“ und blicken gleichzeitig nach vorn auf eine weitere befruchtende und solidarische Zusammenarbeit für unseren Stadtteil.

Ina Morgenroth

Die deutsche Integrationspolitik ist gescheitert –

Die Bezirksfraktion HH Mitte tritt aus der Arbeitsgruppe „Integrationsleitbild im Bezirk Mitte“ aus

MigrantInnen, mit denen ich im Zuge unseres Entschlusses, aus der AG Integrationsleitbild auszusteigen, gesprochen habe, wollen und können das Wort *Integration* nicht mehr hören. Ab wann ist man integriert? Was braucht es dazu? Wer bestimmt, welche Kategorien hierfür gelten? Was heißt eigentlich deutsch sein? Weihnachten zu feiern, Sauerkraut zu essen oder doch Frauenrechte zu erkämpfen?

Es gibt in Deutschland für MigrantInnen, Flüchtlinge und Asylsuchende keine Partizipation. Das ist es aber, was wir fordern: Echte gleichberechtigte Teilhabe, ohne dem Anspruch gerecht werden zu müssen, sich einer Wertegemeinschaft der „Mehrheitsbevölkerung“ anzupassen und letztlich unterdrückt zu werden oder sich unterdrücken lassen zu müssen.

Aus diesem Grund hat sich die Bezirksfraktion dazu entschieden, an der Erarbeitung eines Integrationsleitbildes für den Bezirk nicht weiter teilzunehmen. Die realen Bedingungen für MigrantInnen, Flüchtlinge und Asylsuchende sind katastrophal, unmenschlich und an den Prämissen des kapitalistischen Marktes ausgerichtet, weshalb wir es abgelehnt haben, diesen Weg weiterhin mitzugehen.

Hier soll an einigen Beispielen dargelegt werden, warum wir nicht gewillt sind, diesen entmündigenden, degradierenden und entmenschlichten Prozess einer Integration, wie sie von deutscher Ausländer- und Asylpolitik verstanden wird, zu unterstützen.

Das Asylverfahren – unmenschlich und restriktiv

Bei einem Asylverfahren für eine Familie gilt die Kollektivverantwortung, d.h. wenn ein Familienmitglied bei der Polizei auffällig wird, auch Kinder, wird die ganze Familie abgeschoben. Es ergeht eine Regelanfrage bei der Regierung/der Polizei des Herkunftslandes. Bei politisch Verfolgten, ist diese Anfrage sehr gefährlich, erstreckt wenn das Herkunftsland mittlerweile als friedlich gilt, d. h. dass es von amtlicher Seite keine politische Verfolgung gibt. Infolgedessen sind alle Asylanträge hinfällig. Ein konkretes Beispiel ist hier Ungarn, wo es offiziell keine Verfolgung von Sinti und Roma gibt. Infolge dessen hat diese Personengruppe hier keinen Asylgrund und wird abgeschoben. Der Status des Flüchtlings wird ihnen damit aberkannt, die Abschiebung ergeht.

Friedliche Herkunftsländer entstehen durch Abkommen und Verträge, die zwischen Regierun-



gen geschlossen werden, so wie Deutschland mit Ungarn und Bosnien-Herzegowina. Geplant ist derzeit noch im kommenden Herbst den Kosovo und Serbien als „sicher“ zu erklären. Dann beginnt die Vertreibung der Roma in großem Stil. Hierfür sollen sie in Sammellager zusammen geführt werden, damit eine schnellere Abschiebung von statten gehen kann, so Herr Kretschmer (Die Grünen) und Seehofer. Bürgermeister Scholz schließt sich diesem perfiden Plan ebenfalls an.

Dabei werden die Worte Sinti und Roma gar nicht erst ausgesprochen. Die „Flüchtlinge aus Osteuropa und den Balkanländern“ seien unrechtmäßig hier und müssten schnell abgeschoben werden, weil sie den „richtigen Flüchtlingen“ den Platz wegnehmen würden.

Weiterhin unmenschlich ist die Praxis der Abschiebung: Findet diese z. B. (nicht unüblich) nachts um 1 Uhr statt, werden die Menschen ohne Vorankündigung aus dem Schlaf gerissen und aufgefordert, schnell ihre Sachen zu packen. Keiner spricht ihre Sprache, sie wissen nicht was los ist (exemplarisch dargestellt in einer Rede beider „Roma bleiben hier“-Demo, s. S. 14). Auch alte und kranke Menschen, egal ob sie verstehen was mit ihnen passiert oder nicht, werden zum Flugzeug gebracht...

Deutsch lernen = Arbeit bekommen?

Die Deutsch- und Integrationkurse in Hamburg und im ganzen Bundesgebiet sind deutlich überfüllt, was wochenlanges, manchmal monatelanges Warten auf einen Deutschkurs bedeutet. 600 Stunden zum Erlernen der Sprache und weitere 300 Stunden zur sogenannten Orientierung werden finanziert.

Das in diesem Stundenumfang erlernte Deutsch reicht theoretisch nicht einmal aus, um in die La-

ge versetzt zu werden, eine konkurrenzfähige Bewerbung zu schreiben. Darüber hinaus werden mitgebrachte Abschlüsse häufig nicht anerkannt, da sie „deutschen Qualitätsstandards“ nicht entsprechen. Den Menschen, welche nicht gerade eine Ausbildung in einem „Engpassberuf“ (hier z. B. Pflegepersonal) oder einen Hochschulabschluss vorweisen können, bleiben nur einfachste Tätigkeiten, die schlecht bezahlt sind und oft ausbeuterische Arbeitsbedingungen aufweisen.

Auch glaubwürdige Schilderungen von Gewalterfahrung, Leid, Flucht und dem eigenen Leben können mit den rudimentär-vermittelten Sprachkenntnissen nicht differenziert vermittelt werden und wirken daher oft unglaubwürdig. Nach allen Erfahrungen von Beratungsstellen sind 1600 Stunden Deutschunterricht notwendig, um sich einigermaßen gut verständigen zu können, um Zeitungen lesen und Fernsehen zu verstehen etc..

Wie werde ich Deutscher/Deutsche?

Zunächst muss ein Antrag auf Einbürgerung beim Ausländeramt gestellt werden. Sehr gutes Deutsch ist Voraussetzung für den Test, der mit dem Einbürgerungsprozedere einhergeht. Aufbau-Deutschkurse hierfür müssen jedoch selbst gezahlt werden.

Das Verfahren dauert durchschnittlich 2 Jahre. In dieser Zeit sind alle folgenden Auflagen einzuhalten. Wird eine Bedingung nicht eingehalten, gilt der Antrag als erledigt und ein neuer muss gestellt werden.

Die Auflagen im Einzelnen:

- Unbefristetes Aufenthaltsrecht oder Aufenthaltserlaubnis zum Zeitpunkt der Einbürgerung
- Seit acht Jahren gewöhnlicher und rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland
- Lebensunterhaltsunterhaltssicherung (auch für unterhaltsberechtigten Familienangehörigen) ohne Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) oder Wohngeldanspruch
- Ausreichende Deutschkenntnisse
- Kenntnisse über die Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie die Lebensverhältnisse in Deutschland („Einbürgerungstest“)
- Keine Verurteilung wegen einer Straftat

- Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland
- Verlust bzw. Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit

Hinzu kommt, dass Geburtsurkunden, häufig auch von den Eltern, vorgelegt werden müssen. Dass dies natürlich nicht immer gewährleistet werden kann, wenn man z. B. auf der Flucht vor Bürgerkrieg war, versteht sich von selbst. Eine solche Einbürgerung kostet 255€, welche selbst aufzubringen sind. Sollen auch Kinder mit eingebürgert werden, kostet dies pro Kind weitere 51€. Soll allein ein Kind eingebürgert werden, zahlt es die vollen 255€. Hinzu kommen Kosten für den Sprachtest, sowie für den Einbürgerungstest an sich.

Auch Voraussetzungen, wie einen unbefristeten Arbeitsvertrag oder ein Gehalt nicht unter dem Bundesdurchschnitt können viele, die eingebürgert werden wollten, nicht vorweisen. Zumal wir uns fragen müssen, wie fair ein solches Verfahren sein kann, dass externe Bedingungen, welche aufgrund marktkapitalistischer Umstände nicht vom Individuum zu verantworten sind, als Voraussetzung für eine Einbürgerung nennt.

Familiennachzug

Auch beim Thema Familiennachzug wird die Unmenschlichkeit der Asylpolitik in vollem Ausmaß deutlich. Menschen, deren Aufenthaltsanspruch sich aus der Heirat mit einem Deutschen oder EU-Bürger ergibt, haben kein vom Ehepartner unabhängiges Aufenthaltsrecht, solange sie nicht mindestens 3 Jahre mit ihm verheiratet waren. Besonders hart trifft es hier (wieder einmal) Frauen, die sich damit in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Ehemännern befinden. Sie bekommen in dieser Zeit grundsätzlich nur eine befristete Arbeitserlaubnis. Wenn die Frau innerhalb dieser 3 Jahre keine Arbeit findet oder sich scheiden lässt oder geschieden wird, droht Abschiebung.

Abschiebung droht auch, wenn sie innerhalb dieser 3 Jahre Witwe wird. Auch wenn Kinder volljährig werden, besteht die Gefahr, dass die Frauen abgeschoben werden. Welche Last der Verantwortung damit auf den Kindern lastet, kann man sich vielleicht vorstellen.

Die Forderung nach einem vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltsrecht ist daher eine ständige Forderung der Linken und der Frauenbewegungen.

Bericht von der Klausur der Bezirksfraktion Mitte

Vom 11. bis 12.07.15 fand die alljährliche Fraktionsklausur unserer Bezirksfraktion Mitte im Wohn- und Ferienheim Heideruh statt. Gemeinsam mit zugewählten GenossInnen und UnterstützerInnen der Fraktion wurden an beiden Tagen unterschiedliche Themen bearbeitet und Schwerpunkte für die laufende Wahlperiode gesetzt.

Nachdem alle ihre Zimmer in dem beschaulichen Örtchen mitten im Wald bei Buchholz bezogen hatten, ging es an die Arbeit. Bea Trampenau, die Leiterin der Antifaschistischen Begegnungsstätte Heideruh und unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Stefan „Teddy“ Dührkop eröffneten die Runde mit Begrüßungsworten. Anschließend ergab eine Themensammlung unter allen 18 Anwesenden folgende Themenschwerpunkte, an denen anschließend in Gruppenworkshops gearbeitet wurde:

1. Stadtentwicklung
2. Wohnungspolitik/Gentrification
3. Frieden/ Antifaschismus/Flüchtlinge
4. Dreiklang Partei- Fraktion-Bevölkerung

Zu den einzelnen Themenschwerpunkten hatten sich folgende Gruppen gebildet, die zukünftig an weiteren Vorhaben arbeiten möchten. Wir freuen uns über weitere Interessierte!

1. **Stadtentwicklung:** Marion Fisch, Roberto Politz, Theresa Jakob, Jörg Günther, Heiko Laue, Christian Sauerbeck, Steffen Leipzig, Maureen Schwalke, Harald Singler
2. **Wohnungspolitik/Gentrification:** Theresa Jakob, Christine Wolfram, Roberto Politz, Steffen Leipzig, Maureen Schwalke, Harald Singler, Ina Morgenroth
3. **Frieden/Antifaschismus/Flüchtlinge:** Roberto Politz, Christine Detamble-Voss, Maureen Schwalke
4. **Dreiklang Partei-Fraktion-Bevölkerung:** Tim Eckbrett, Roberto Politz, Jörg Günther, Heiko Laue, Kerstin Fremder-Sauerbeck

Die Gruppen erarbeiteten u. a. folgende Ziele für das kommende Jahr:

Aufgrund der Wohnungsnot und dem massenhaften Auslaufen von Sozialbindungen wird es in den nächsten Jahren immer schwieriger, eine Wohnung in Hamburg zu finden- vor allem für GeringverdienerInnen, Arbeitssuchende, MigrantInnen, sodass die Idee aufkam, eine Broschüre zu entwickeln,



Unsere Autorin in Aktion

welche unsere „Utopie einer sozial-gerechten Stadt“ enthalten soll und die Wege aufzeigt, wie eine gerechtere Wohnungspolitik aus Sicht der Linken aussehen kann.

Zum Themenschwerpunkt „Flüchtlinge“ stellte sich die Frage, ob näherer Kontakt zu Flüchtlingen aufgebaut werden soll, damit die Problemlagen direkt mit den Betroffenen erörtert werden können. Es entwickelte sich die Idee, direkt Kontakt zu Flüchtlingsunterkünften herzustellen oder Flüchtlinge zu Veranstaltungen und Festen einzuladen, damit sie als „Professionelle in eigener Sache“ berichten können und Unterstützung von uns erhalten, ohne instrumentalisiert zu werden.

Eine Forderung der Arbeitsgruppe „Dreiklang Partei- Fraktion-Bevölkerung“ war, die Öffentlichkeitsarbeit auszubauen (Website, Soziale Medien, Mittlinks, Sozialberatung...). Auch gab es den Vorschlag, eine Adress- und Kontaktliste zu erarbeiten, damit jeder schnell Zugriff auf die Person hat, welche thematisch zuständig ist und Anfragen beantworten könnte.

Über alle Gruppen hinweg wurde auch deutlich, dass es eine bessere und koordinierte Kooperation und Absprache zwischen Partei und Fraktion geben muss. Auch klar wurde,

dass die Fraktion diese neuen Aufgaben, zusätzlich zur Fraktionsarbeit, nicht allein bewältigen kann, sondern JEDER aus unserem Bezirk aufgerufen ist, sich an den kommenden Projekten zu beteiligen, Ideen und konkrete Pläne einzubringen. Wer Interesse an einer Mitarbeit zu den obigen Schwerpunkten hat, melde sich gerne in der Fraktionsgeschäftsstelle unter: 040-285 769 08 oder geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de.



Zeitweilig konnten wir draußen arbeiten

Am Ende des ersten Tages fasste die Klausur den Beschluss, dass zur besseren Kommunikation, Vernetzung und zum Austausch zukünftig aus jedem Ausschuss eine kurze Zusammenfassung an Tilman, unseren Geschäftsführer, gesendet wird, damit dieser die Informationen 1x im Monat gebündelt an die Bezirksfraktion sowie die Zugewählten weiterleiten kann. Somit kann sich jeder über den aktuellen Stand in den Ausschüssen informieren. Weitergedacht könnte hieraus in der Zukunft eventuell ein Newsletter für alle Mitglieder in Mitte entstehen.

DIE LINKE zeigt wieder Rotes Sommerkino im Hammer Park

In diesem Jahr „Midnight in Paris“ von Woody Allen

Am **Freitag, den 21. August 2015, ab 20.30 Uhr**, läuft – umsonst und draußen – wieder das beliebte Rote Sommerkino auf der großen Wiese im Hammer Park (S-Bahn Hasselbrook, U-Bahn Hammer Kirche).

Ab 19 Uhr gibt es eine **Grillparty** mit Musik, und ab 20.30 Uhr wird Woody Allens romantische Filmkomödie aus dem Jahr 2011 gezeigt. Die Hauptfigur, ein Hollywood-Drehbuchautor, erlebt bei einer Reise in die französische Hauptstadt einen Zeitsprung in das Paris der 1920er Jahre – mit F. Scott

Am Sonntag erweiterte schließlich Stephan Jersch unseren Horizont zum Thema „Schuldenbremse und ‚Bezirksverwaltung 2020‘“ und machte noch einmal deutlich, wie die unsäglichen Spar- und Kürzungsmaßnahmen gemäß der neoliberalen Konzeption und Ideologie nach Tony Blair und Gerhard Schröder, die zur Zeit die herrschende Politik prägt, in den vergangenen Jahren und aktuell auf die öffentliche Verwaltung, die Bürgerbeteiligung und unser Leben in der Stadt einwirken.



Am Sonntag dann nur noch drinnen ...

Natürlich wollen wir auch nicht vergessen, von den leiblichen Genüssen zu berichten. Wie in Heideruh üblich, wurden wir mit Vollpension, leckeren Kuchen und deftigem Mittag verwöhnt. Bei einer konstruktiv-geführten Debatte zu „NOlympia“ loderte am Samstagabend der Grill mit Würstchen, Steaks und vegetarischen Spießen. Und als Heinz wie üblich den Mojito anrührte, begannen die privaten, aber keineswegs unpolitischen Debatten über die Welt, Frauen und Männer und über all das, über was es sich zu streiten und zu lachen lohnt. (Fotos: Ina und Tim)

Ina Morgenroth

Fitzgerald, Ernest Hemingway, Josephine Baker, den Surrealisten Salvador Dalí, Man Ray und Luis Buñuel. Eine Flucht aus der Gegenwart mit überraschendem Ende ...

„Mit Witz und Leichtigkeit wird die Spannung zwischen eskapistischem Begehren und Wirklichkeit spielerisch aufgelöst, indem die Fantasie als Erfahrungsraum der Realität gleichgestellt wird.“ Lexikon des Internationalen Films (*PM der Stadtteilgruppe*)

Es dürfen sich gerne noch helfende Hände finden, auch vor 19 Uhr. Vor allem aber: Hingehen, mit den Leuten reden und den Film (und die Bratwürste!) genießen.

Was war ...

„Alle Roma bleiben hier! Wir haben die Nase voll!“

Unter diesen Hauptforderungen fanden sich am 18. Juli rund 500 Demonstrationsteilnehmer aus einem Bündnis der selbstorganisierten Gruppe „Romano jekipe ano Hamburg (Vereinigte Roma Hamburg)“ und „Recht auf Stadt – Never mind the papers“ zusammen.



Foto. ena

Von anderen Parteienvertretern keine Spur – unsere kleine „Abordnung“ mit den LINKE-Fahnen fiel auf und wurde in einer Rede besonders begrüßt.

Lautstark – von St. Pauli bis zum Altonaer Bahnhof – und zum Abschluss mit musikalischen Beiträgen

und Redebeiträgen von „VVN“ und „Hamburger Bündnis gegen rechts“ wurden neben persönlichen Erfahrungen mit Ausländerbehörde und drohenden Abschiebungen oder erzwungener Ausreise (ansonsten droht Wiedereinreiseverbot) die weitergehenden Forderungen erklärt:

- Abschiebestopp für alle Roma
- Ein Bleiberecht für alle Roma
- DolmetscherInnen, die Romanes sprechen
- Arbeitserlaubnis für Geduldete Flüchtlinge
- Recht auf rasche Wohnungssuche, kein unnötiger Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen
- Anerkennung von (fach)ärztlichen Attesten bei der Ausländerbehörde und der Grundversicherung.

Der von den bürgerlichen Parteien und Bundesregierung angetriebenen Diskussion um „sichere Herkunftsländer“ und „Flüchtlinge mit verwertbarer Vor- und Ausbildung für die Bundesrepublik“ gilt es Aufklärungsarbeit über die tatsächliche politische Situation und Lebensbedingungen im Kosovo, Serbien, Bosnien, Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und Albanien – insbesondere für die dort lebenden Roma – zu leisten.

ena

CSD – Auch ein Tag der LINKEN

Manche finden ja, dass der Christopher Street Day etwas aus der Vergangenheit (so was von 70er!) und außerdem unpolitisch sei. Beides trifft bis zu einem gewissen Grade zu, dennoch ist unsere LAG Queer richtigerweise immer dabei. Und während der Parade am Samstag bin ich seit Jahren gerne einer der „Platzhalter“ beim Infostand am Ballindamm. Und das macht nicht nur Spaß, sondern ist auch sinnvoll.

Nicht wenige der mehr oder weniger abenteuerlich gekleideten „Flaneure“ und „Flaneusen“ auf dem Ballindamm bleiben am Infostand der LINKEN stehen, wollen natürlich in erster Linie Kugelschreiber und Sticker abgreifen, aber es kommt auch zu dem einen oder anderen guten Gespräch – auch mit LINKEN aus anderen Bundesländern. Und natürlich sollte es auch überall in der Partei so sein, dass Aktivitäten der LAGn auch ganz konkret personell unterstützt werden.



Foto: Maureen Schwalke

Und die LAG Queer ist dann beim Umzug, nicht mit einem Monstertruck und 110 dB-Musik, sondern mit unseren roten Fahrrädern. Schön, dass mensch so sehen kann, dass bei uns manches etwas anders läuft - aber die Jungs und Deerns dem Feiern und dem Sekt auch nicht abgeneigt sind. Ich bin im nächsten Jahr wieder dabei.

Besel

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 11.08. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
im oder vor dem **Cafe Absurd**,
Clemens-Schultz-Straße 84, 20357 Hamburg

Dienstag, 11.08., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 13.08., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Montag, 17.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 19.08., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 19.08., 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Freitag, 21.08., ab 19:00 Uhr

Sommerkino im Hammer Park:

September

Dienstag, 01.09., 17 Uhr

Demonstration zum Antikriegstag
Kriegsklotz am Dammtor

Montag, 07.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 08.09. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 08.09, 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 10.09., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Mittwoch, 16.09., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 16.09., 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9
(falls gewünscht, kann auch entfallen)

Montag, 21.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto NEU:

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX